

Ressort: Auto/Motor

Bundesregierung will MPU für Verkehrssünder reformieren

Berlin, 17.03.2014, 22:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU) für Verkehrssünder reformieren. Das berichtet die "Bild-Zeitung" (Dienstagsausgabe) unter Berufung auf Vorschläge einer Expertengruppe der Regierung an den Verkehrsausschuss des Bundestages.

Demnach sollen in Zukunft nur noch spezielle Experten MPU-Beratung anbieten. Außerdem sollen unabhängige Beschwerdestellen eingerichtet werden, an die sich Autofahrer wenden können. Die Untersuchungen sollen überdies per Mitschnitt werden, um "Unstimmigkeiten bezüglich der im Gutachten wiedergegebenen Gesprächsinhalte" aufklären zu können. Hintergrund der geplanten Reform sind die häufigen Klagen von Punktesündern über schlechte Beratung und falsche Beurteilung. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Sören Bartol sagte der "Bild-Zeitung": "Wir werden die schwarzen Schafe, die nur Geld verdienen wollen, aussortieren und die Qualität der Seminare besser überwachen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31745/bundesregierung-will-mpu-fuer-verkehrssuender-reformieren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com